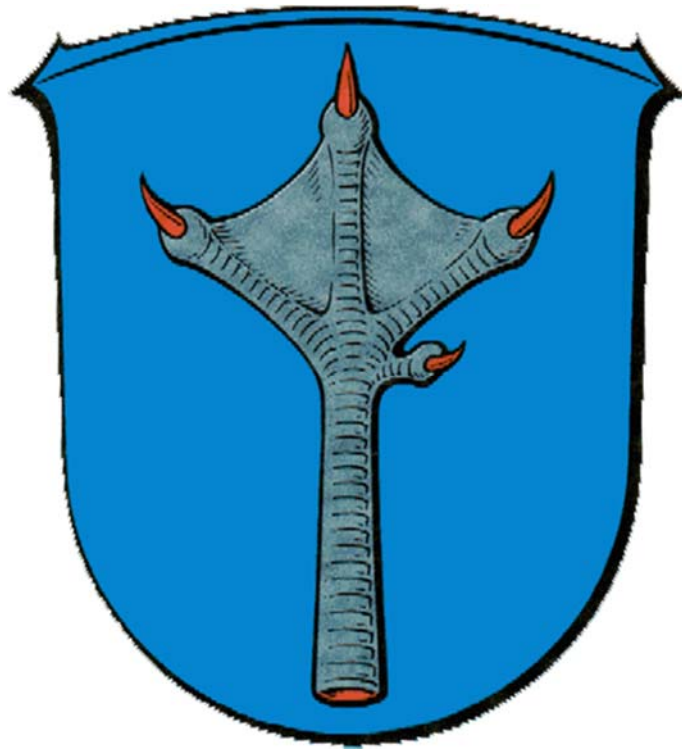


Gemeinde Groß-Zimmern



**Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr
vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017**

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkungen.....	2
1. Verlauf der Haushaltswirtschaft.....	3
1.1 Wesentliche Kernereignisse im Haushaltsjahr 2017	3
1.2 Wirtschaftliche Entwicklung für das Haushaltsjahr 2017	4
1.2 Vermögens- und Kapitalentwicklung für das Haushaltsjahr 2017.....	9
1.3 Finanzwirtschaftliche Lage der Gemeinde unter dem Gesichtspunkt der stetigen Aufgabenerfüllung.....	11
2. Geschäftsverlauf der Gemeinde im Plan-Ist Vergleich.....	13
2.1 Erläuterung der wesentlichen Ertragseinnahmen	13
2.2 Erläuterung der wesentlichen Aufwendungen	15
3. Verlauf der Investitions- und Finanzierungstätigkeit	17
3.1 Verlauf der Investitionstätigkeit	17
3.2 Verlauf der Finanzierungstätigkeit.....	19
4. Angaben über den Stand der Aufgabenerfüllung	19
5. Umsetzung von Zielen und Strategien	20
6. Besondere Vorgänge nach Schluss des Jahres	20
7. Einfluss der gesamtwirtschaftlichen Situation auf den Geschäftsverlauf und die Entwicklung der Gemeinde	20
8. Ausblick zu den Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung.....	21



Vorbemerkungen

Gemäß § 51 GemHVO ist im Rahmen des Jahresabschlusses ein Rechenschaftsbericht anzufertigen, der den Verlauf der Haushaltswirtschaft und die Lage der Gemeinde unter dem Gesichtspunkt der Sicherung der stetigen Erfüllung der Aufgaben so darstellt, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Dabei sind insbesondere die wesentlichen Ergebnisse des Jahresabschlusses und erhebliche Abweichungen der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen darzustellen und eine Bewertung der Abschlussrechnungen ist vorzunehmen.

Weiterhin sind folgende Aspekte darzustellen:

1. Angaben über den Stand der Aufgabenerfüllung mit den Zielsetzungen und Strategien
2. Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres entstanden sind
3. Die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken von besonderer Bedeutung
4. Wesentliche Abweichungen zwischen geplanten und durchgeführten Investitionen



1. Verlauf der Haushaltswirtschaft

1.1 Wesentliche Kernereignisse im Haushaltsjahr 2017

Geschäftsjahr 2017 im Vorjahresvergleich:

Bezeichnung	Vorjahr EUR	Berichtsjahr EUR
Ordentliche Erträge	26.948.493,97	26.433.991,18
Ordentliche Aufwendungen	23.828.195,83	24.771.410,18
Verwaltungsergebnis	3.120.298,14	1.662.581,00
Finanzergebnis	-64.997,57	-86.700,62
Außerordentliches Ergebnis	3.519.149,42	27.595,13
Jahresergebnis	6.574.449,99	1.603.475,51

Wie aus der vorstehenden Übersicht zu erkennen ist, konnte in der Berichtsperiode ein Jahresüberschuss von rund 1,60 Mio. EUR realisiert werden, das Vorjahr wurde mit einem positiven Ergebnis von rund 6,57 Mio. EUR abgeschlossen. Verlustvorträge wurden bereits in 2016 vollständig ausgeglichen. Im Übrigen wurden den Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses rund 1,57 Mio. EUR zugeführt, den Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses wurden rund 27 TEUR zugeführt.

Die Gemeinde hat in der Berichtsperiode Investitionen in Höhe von 3,2 Mio. EUR getätigt, im Vorjahr waren es noch 2,6 Mio. EUR. Die Investitionen wurden vollständig durch die Innenfinanzierungskraft gedeckt.

Bauten und Infrastrukturvermögen bilden die primären Vermögensgegenstände des abnutzbaren Anlagevermögens, deren Anteil an den Anschaffungskosten ergeben 93,6%. Der Substanzerhaltungsgrad der kommunalen Bauten und Infrastrukturvermögen beträgt zum Stichtag 47,9 %, im Vorjahr lag der Wert noch bei 50,5 %. Grundsätzlich sollte ein Substanzerhaltungsgrad von mindestens 50,0 % angestrebt werden, um Investitionsstaus zu vermeiden. Der rechnerische Zustand ist zufriedenstellend.

Die Gemeinde hat in der Berichtsperiode keine Darlehen aufgenommen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sinken von 6,6 Mio. EUR auf 6,1 Mio. EUR. Die durchschnittliche Restlaufzeit der Darlehen beträgt 14,9 Jahre. Der Zins für gewährte Kredite beträgt im Schnitt 3,9 %, im Vorjahr betrug der Wert 3,8 %. Im Jahr 2012 betrug der Zins noch 4,0 %. Das Zinsänderungsrisiko pro Prozentpunkt beträgt gegenwärtig rund 64 TEUR (Vj.: 68 TEUR).

Den Flüssigen Mittel und kurzfristigen Forderungen in Höhe von 21,9 Mio. EUR stehen kurzfristige Verbindlichkeiten in Höhe von rund 1,5 Mio. EUR gegenüber. Die Liquidität ist positiv zu beurteilen.



1.2 Wirtschaftliche Entwicklung für das Haushaltsjahr 2017

Die Gemeinde Groß-Zimmern hat das Geschäftsjahr 2016 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von **+1.603.475,51 EUR** (Vj.: +6.574.449,99 EUR) abgeschlossen, davon das ordentliche Ergebnis mit einem Überschuss in Höhe von **+1.575.880,38 EUR** (Vj.: +3.055.300,57 EUR) und das außerordentliche Ergebnis mit einem Überschuss in Höhe von **+27.595,13 EUR** (Vj.: +3.519.149,42 EUR).

Der Jahresüberschuss ist hauptsächlich auf das Verwaltungsergebnis in Höhe von 1.662.581,00 EUR zurückzuführen (Vj.: 3.120.298,14 EUR). Zu diesem erfreulichen Ergebnis haben insbesondere die Gewerbesteuereinnahmen beigetragen.

Das Finanzergebnis wurde erwartungsgemäß mit einem Fehlbetrag in Höhe von -86.700,62 EUR abgeschlossen (Vj.: -64.997,57 EUR).

Das außerordentliche Ergebnis wurde mit einem Überschuss in Höhe von insgesamt 27.595,13 EUR (Vj.: 3.519.149,42 EUR) abgeschlossen.

Die Eigenkapitalquote I. Grades in Höhe von 75,4 % verbessert sich gegenüber dem Vorjahreswert (Vj.: 75,0 %). Die Verbesserung beruht hauptsächlich auf dem Jahresüberschuss. In Anbetracht der gegenwärtigen Geschäftsentwicklung unterliegt die Eigenkapitalausstattung kurz- bis mittelfristig keinen wesentlichen Risiken. Unter Berücksichtigung des fiktiven Eigenkapitals (Sonderposten) beträgt die Eigenkapitalquote II. Grades insgesamt 86,8 % (Vj.: 86,9 %). Die hohe Eigenkapitalquote II. Grades zeigt im Grunde eine geringe Abhängigkeit einer Außenfinanzierung durch Kreditgeber. Die Fremdkapitalstruktur in Höhe von 16,2 % bleibt auf Vorjahresniveau. Das Anlagevermögen der Gemeinde ist durch das langfristige Kapital in Höhe von 120,5 % weiterhin vollständig gedeckt (Vj.: 119,8 %).

Die liquiden Mittel haben gegenüber dem Vorjahresniveau von 16.509.228,43 EUR auf 18.305.126,45 EUR, merkbar zugenommen. Die Zunahme resultiert hauptsächlich aus der dem Zahlungsmittelüberschuss im Rahmen der Verwaltungs- und der Investitionstätigkeit. Die liquiden Mittel ergeben einen Anteil von 16,4 % (Vj.: 15,0 %) an der Bilanzsumme.



Zur Darstellung der Lage sind nachfolgend die Erträge und Aufwendungen des Berichtjahres den Werten des Vorjahres gegenübergestellt.

Entwicklung der Ertragslage

Bezeichnung	Vorjahr EUR	HHJ 2017 EUR	Abweichung EUR
Privatrechtliche Leistungsentgelte	311.647,89	276.375,46	-35.272,43
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.827.304,24	2.797.730,44	-29.573,80
Kostenerstattungen	146.982,76	178.821,30	31.838,54
Aktivierete Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00
Steuern und steuerähnliche Erträge	16.467.813,25	16.176.396,04	-291.417,21
Transferleistungen	586.651,49	651.116,09	64.464,60
Zuweisungen und Zuschüssen	4.797.264,72	4.292.613,81	-504.650,91
Auflösung von Sonderposten	918.088,10	1.222.368,84	304.280,74
Sonstige ordentliche Erträge	892.741,52	838.569,20	-54.172,32
Summe der ordentlichen Erträge	26.948.493,97	26.433.991,18	-514.502,79

Die ordentlichen Erträge sind im Vorjahresvergleich um insgesamt 514.502,79 EUR auf 26.433.991,18 EUR gesunken (-1,9 %).

Die wesentlichen Veränderungen sind nachfolgend erläutert.

Besonders hervorzuheben sind Zuweisungen und Zuschüssen, hier sind die Schlüsselzuweisungen um 489.614,00 EUR auf 3.635.371,00 EUR gesunken (Vj.: 4.124.985,00 EUR).

Im Bereich der Steuern ist im Wesentlichen die Gewerbesteuer um 1.058.612,07 EUR auf 6.072.438,68 EUR gesunken (Vj.: 7.131.050,75 EUR). Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer hat dagegen um 641.532,26 EUR auf 7.967.409,43 EUR zugenommen (Vj.: 7.325.877,17 EUR).

Der Rückgang aus Schlüsselzuweisungen und der Gewerbesteuer ergaben nahezu die gesamte Veränderung des Verwaltungsergebnisses im Vorjahresvergleich aus.

Mindereinnahmen bei privatrechtlichen Leistungsentgelten betreffen hauptsächlich Benutzungsgebühren bei der Mehrzweckhalle. Die Erträge belaufen sich auf 10.321,00 EUR, im Vorjahr dagegen wurden 32.250,36 EUR verbucht, der Rückgang beträgt somit 21.929,36 EUR. Einnahmen aus Holzverkauf sind um 9.765,37 EUR auf 142.120,66 EUR gesunken (Vj.: 151.886,03 EUR).



Bei öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten wurde ein Rückgang verzeichnet. Dies betrifft im Wesentlichen die Niederschlagswassergebühren in Höhe von 392.768,14 EUR, im Vorjahr betragen sie noch 429.242,93 EUR. Verwargelder sind im Vorjahresvergleich um 44.911,97 EUR auf 58.347,78 EUR gesunken. Die genannten Mindereinnahmen wurden zum Teil durch Kanalbenutzungsgebühren gedeckt, da hier Mehreinnahmen in Höhe von 36.894,10 EUR erwirtschaftet wurden, dabei beläuft sich das Ertragsniveau auf 1.475.074,59 EUR.

Mehreinnahmen bei Kostenerstattungen ergaben sich hauptsächlich für Personalkostenerstattungen. Die Erträge belaufen sich auf 119.487,54 EUR, im Vorjahr dagegen betragen sie noch 90.878,38 EUR.

Bei Transferleistungen ergaben sich Mehreinnahmen hauptsächlich durch Ausgleichsleistungen nach dem Familienleistungsgesetz. Die Erträge stiegen um 43.620,89 EUR auf insgesamt 539.190,30 EUR.

Bei der Auflösung von Sonderposten resultieren die Mehreinnahmen insbesondere durch Auflösung von Sonderposten für den Gebührenaussgleich. Gegenüber dem Vorjahreswert stiegen die Erträge um 235.333,44 EUR auf insgesamt 300.047,13 EUR.

Bei sonstigen ordentlichen Erträgen ergaben sich Mindereinnahmen hauptsächlich für Ausgleichsmaßnahmen. In der Berichtsperiode ergaben sich keine Erträge, im Vorjahr dagegen betrug der Ertrag noch 157.519,32 EUR. Die Mindereinnahmen wurden zum Teil durch Mehreinnahmen aus der Herabsetzung von Rückstellungen und verschiedenen Kostenerstattungen kompensiert.

Entwicklung der Aufwendungen

Bezeichnung	Vorjahr EUR	HHJ 2017 EUR	Abweichung EUR
Personalaufwendungen	5.831.446,63	5.895.974,73	64.528,10
Versorgungsaufwendungen	280.962,31	301.177,01	20.214,70
Sach- und Dienstleistungen	3.491.526,09	3.403.710,26	-87.815,83
Abschreibungen	2.780.039,03	3.115.711,49	335.672,46
Zuweisungen und Zuschüsse	1.424.058,97	1.546.926,86	122.867,89
Steueraufwendungen	9.966.674,97	10.483.988,24	517.313,27
Transferaufwendungen	42.949,32	13.259,42	-29.689,90
Sonstige ordentliche Aufwendungen	10.538,51	10.662,17	123,66
Summe der ordentlichen Aufwendungen	23.828.195,83	24.771.410,18	943.214,35

Das Ergebnis der ordentlichen Aufwendungen ergab gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg in Höhe von 943.214,35 EUR auf 24.771.410,18 EUR. Auch im Vorjahr ergab sich eine Erhöhung von 811.291,66 EUR.



Der Mehraufwand resultiert hauptsächlich durch höhere Steuern und Abschreibungen.

Der Gesamtaufwand für Kreis- und Schulumlagen beläuft sich auf 9.197.288,00 EUR, damit stieg der Aufwand um 462.883,00 EUR (Vj.: 8.734.405,00 EUR). Für die Bildung von Rückstellungen erfolgte eine zahlungsneutrale Buchung in Höhe von 113.800,00 EUR.

Im Rahmen der Abschreibungen stiegen die pauschalierten Einzelwertberichtigungen um 140.712,80 EUR auf 161.877,10 EUR (Vj.: 21.164,30 EUR). Ferner erhöhte sich die Abschreibungen auf Kläranlagen um 157.211,16 EUR auf insgesamt 368.706,36 EUR (Vj.: 211.495,20 EUR).

Im Bereich der Personalaufwendungen sind im Wesentlichen die Brutto-Entgelte für Arbeitnehmer von 5.107.987,14 EUR auf 5.187.595,31 EUR angestiegen, wobei die Arbeitnehmerstellen von 95,25 auf 94,25 abgenommen haben. Beamtenbezüge sind von 207.264,42 EUR auf 210.300,90 EUR leicht angestiegen, bleiben jedoch stabil. Beiträge an die Zusatzversorgungskasse für Arbeitnehmer haben von 360.861,54 EUR auf 362.739,29 EUR zugenommen.

Bei Versorgungsaufwendungen stiegen die Aufwendungen an die Beamtenversorgung um 15.150,70 EUR auf 242.923,01 EUR (Vj.: 227.772,31 EUR). Für die Bildung von Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen resultierte ein Aufwand von 102.152,00 EUR (Vj.: 121.702,00 EUR). Durch Verbrauch von Rückstellungen erfolgte eine Aufwandsentlastung in Höhe von 43.898,00 EUR (Vj.: 68.512,00 EUR).

Im Bereich der Zuweisungen und Zuschüsse sind hauptsächlich die Zuschüsse an Kindergärten in Höhe von 1.316.343,56 EUR gebucht, im Vorjahr waren es noch 1.181.288,46 EUR.

Sach- und Dienstleistungen sanken etwas gegenüber Vorjahr, bleiben im Grunde auf einem stabilen Niveau. Die wesentlichen Ausgaben in der Berichtsperiode sind den Vorjahreswerten nachfolgend gegenübergestellt.

Bezeichnung	Vorjahr EUR	HHJ 2017 EUR	Abweichung EUR
Energiekosten (Strom, Gas, Abwasser, usw.)	577.489,69	574.009,75	-3.479,94
Materialaufwand für Gebäude	100.379,79	188.946,23	88.566,44
Instandhaltung und Unterhaltung	1.186.065,07	1.132.684,88	-53.380,19
Fremdreinigung	244.528,02	250.213,61	5.685,59
Beratungs- und Prüfungskosten	109.241,36	107.338,61	-1.902,75
Verwahrenentgelte	0,00	30.331,06	30.331,06
Gebührenaussgleich	166.685,10	0,00	-166.685,10
Summe	2.384.389,03	2.283.524,14	-100.864,89



Finanzergebnis

Bezeichnung	Vorjahr EUR	HHJ 2017 EUR	Abweichung EUR
Finanzerträge	200.003,29	192.087,28	-7.916,01
Zinsen und Ähnliche Aufwendungen	265.000,86	278.787,90	13.787,04
Finanzergebnis	-64.997,57	-86.700,62	-21.703,05

Das Finanzergebnis wurde mit einem Defizit in Höhe von 86.700,62 EUR (Vj.: -64.997,57 EUR) abgeschlossen. Finanzerträge beinhalten insbesondere den anteiligen Bilanzgewinn an der Sparkasse in Höhe von 100.617,24 EUR (Vj.: 100.648,25 EUR), Bankzinsen in Höhe von 22,92 EUR (Vj.: 392,31 EUR) und die Verzinsung von Steuernachforderungen, Mahngebühren und Säumniszuschlägen in Höhe von 91.437,01 EUR (Vj.: 98.948,08 EUR).

Zinsaufwendungen betreffen hauptsächlich die Zinsen für die Überlassung von Krediten.

Außerordentliches Ergebnis

Bezeichnung	Vorjahr EUR	HHJ 2017 EUR	Abweichung EUR
Außerordentliche Erträge	3.618.942,35	35.247,68	-3.583.694,67
Außerordentliche Aufwendungen	99.792,93	7.652,55	-92.140,38
Außerordentliches Ergebnis	3.519.149,42	27.595,13	-3.491.554,29

Aus der Veräußerung von Grundstücken und sonstigen Vermögensgegenständen ergaben sich Erträge von 7.301,77 EUR (Vj.: 3.604.561,87 EUR). Weitere Erträge betreffen periodenfremde Vorgänge und Korrekturen im Rahmen der Umsatzsteuerabschlussbuchungen. Außerordentliche Aufwendungen betreffen Verluste aus dem Abgang von Sachanlagen in Höhe von 6.829,22 EUR (Vj.: 98.466,03 EUR) und periodenfremde Vorgänge.



1.2 Vermögens- und Kapitalentwicklung für das Haushaltsjahr 2017

Vermögensentwicklung

Die Bilanzsumme der Gemeinde Groß-Zimmern hat um 15.439.49,32 EUR auf insgesamt 111.729.124,81 EUR zugenommen. Das langfristig zur Verfügung stehende Vermögen der Gemeinde ist um 170.696,00 EUR auf 89.202.985,05 EUR angewachsen. Das Umlaufvermögen stieg um 1.377.537,40 EUR auf 22.502.814,98 EUR.

Das Anlagevermögen entwickelte sich im Berichtsjahr wie folgt:

Anfangsbestand zum 01.01.2017	89.032.289,05
Zugänge brutto	3.220.858,83
Abgänge	-98.988,62
Planmäßige Abschreibungen	-2.951.623,58
Abgänge auf Abschreibungen	449,37
Endbestand zum 31.12.2017	89.202.985,05

Wie aus der vorstehenden Entwicklung zu erkennen ist, werden die Abschreibungen und die Abgänge von den Zugängen übertroffen, was im Ergebnis zu einer Zunahme des Anlagevermögens führt.

Zu den Investitionen in der Berichtsperiode gehören insbesondere der Rathausplatz (1.163.049,72 EUR) und der Parkplatz (422.832,23 EUR) an der Kulturfläche. Weitere Einzelheiten zu anderen Investitionen sind im Anhang erläutert.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände haben von 4.616.049,15 EUR auf 4.197.688,53 EUR abgenommen. Zu dieser Entwicklung haben insbesondere die konsumtiven Zuweisungen sowie Wertberichtigungen geführt. Den Großteil der Forderungen machen die Steuerforderungen in Höhe von 3.071.547,98 EUR aus (Vj.: 3.106.057,24 EUR).

Die durchschnittliche Debitorenlaufzeit für Steuerforderungen beträgt 69 Tage (Vj.: 55 Tage).

Flüssige Mittel sind in der Berichtsperiode von 16.509.228,43 EUR auf 18.305.126,45 EUR angestiegen. Zu der Zunahme hat insbesondere der Zahlungsmittelüberschuss aus Verwaltungstätigkeit (4.311.599,19 EUR) geführt. Kreditaufnahmen wurden nicht getätigt. Mithin wurde die resultierende Finanzierungslücke durch die Innenfinanzierungskraft gedeckt (vgl. nachfolgende Ausführungen zur finanzwirtschaftlichen Lage).



Kapitalentwicklung

Die Gemeinde hat in der Berichtsperiode keine Darlehen aufgenommen. Durch die Tilgung in Höhe von 460.570,06 EUR sind die Kreditverbindlichkeiten von 6.602.154,51 EUR auf 6.141.584,45 EUR gesunken.

Rückstellungen sind um 73709,74 EUR auf 6.427.634,69 EUR angestiegen. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen erhöhten sich um 58.254,00 EUR auf 4.339.760,00 EUR. Das liegt daran, dass den Zuführungen ein niedrigerer Verbrauch gegenübersteht. Rückstellungen für Kreis- und Schulumlagen steigen auf 1.608.300,00 EUR (Vj.: 1.494.500,00 EUR). Der Grund hierfür liegt hauptsächlich in den Steuereinnahmen und den resultierenden Auswirkungen auf die Steuerauszahlungen in Folgejahren. Aufgrund der wirtschaftlichen Entstehung im laufenden Haushaltsjahr war eine Zuführung in der Berichtsperiode pflichtgemäß erforderlich. Die sonstigen Rückstellungen sanken um 98.344,26 EUR auf 479.574,69 EUR. Sie betreffen insbesondere die Instandhaltungen im Bereich Abwasser (gemäß EKVO) und Erstellungs- und Prüfungskosten für anstehende Jahresabschlüsse der Gemeinde.

Das Eigenkapital der Gemeinde ist um 1.603.475,51 EUR auf 84.202.829,03 EUR (Vj.: 82.599.353,52 EUR) angestiegen. Der Zunahme betrifft ausschließlich den Jahresüberschuss.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben von 131.679,69 EUR auf 565.666,27 EUR zugenommen.

Im Bereich der Sonderposten aus erhaltenen Investitionszuweisungen und Investitionsbeiträgen wurden Einnahmen von insgesamt 812.166,14 EUR realisiert. Ihnen steht die Auflösung von 1.222.368,84 EUR gegenüber, wodurch sie gegenüber dem Vorjahreswert sinken.

Der Sonderposten für Gebührenaussgleich hat von 567.366,89 EUR auf 267.319,76 EUR abgenommen. Dies liegt daran, dass den Erträgen im Teilergebnis höhere Aufwendungen gegenüberstehen, wodurch eine Entnahme erforderlich war.



1.3 Finanzwirtschaftliche Lage der Gemeinde unter dem Gesichtspunkt der stetigen Aufgabenerfüllung

Finanzlage der Gemeinde für das Haushaltsjahr 2017

Die Finanzrechnung gibt Auskunft über die Eigenfinanzierungsfähigkeit der Gemeinde und ist neben der Ergebnisrechnung eine wichtige Informationsquelle zur Beurteilung der finanziellen Situation.

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit ist eines der elementaren Instrumente zur Beurteilung der Finanzkraft. Das Ergebnis aus laufender Geschäftstätigkeit vermittelt im Wesentlichen, ob laufende Auszahlungen durch laufende Einzahlungen gedeckt werden können. Dauerhafte Überschüsse deuten auf stabile Strukturen hin, sodass Zins- und Tilgungsverpflichtungen aus Eigenmitteln bedient werden können und etwaiger Investitionsbedarf gedeckt werden kann.

Die Beurteilung der Finanzlage ist der nachstehenden Übersicht zu entnehmen:

Finanzrechnung (einfache Darstellung)	Vorjahr	Berichtsjahr
Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit	24.994.735,23	25.443.061,53
Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	21.018.201,23	21.131.462,34
Zahlungsmittelfluss/Zahlungsmittelfehlbetrag aus laufender Verwaltungstätigkeit	3.976.534,00	4.311.599,19
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	6.644.445,25	923.317,52
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	2.693.774,13	3.003.724,53
Zahlungsmittelfluss/Zahlungsmittelfehlbetrag aus Investitionstätigkeit	3.950.671,12	-2.080.407,01
Einzahlungen aus der Aufnahmen von Krediten	0,00	0,00
Auszahlungen aus Tilgungen von Krediten	465.573,23	460.570,06
Zahlungsmittelfluss/Zahlungsmittelfehlbetrag aus Finanzierungstätigkeit	-465.573,23	-460.570,06
Änderung des Zahlungsmittelbestandes	7.461.631,89	1.770.622,12
Zahlungsmittelfluss/Zahlungsmittelfehlbetrag aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen	9.526,28	25.275,90
Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln	7.471.158,17	1.795.898,02

Eine Detaillierte Übersicht ist dem Anhang zu entnehmen.

Wie aus der vorstehenden Übersicht zu erkennen ist, wurde im Bereich der Verwaltungstätigkeit ein Zahlungsmittelüberschuss in Höhe von 4.311.599,19 EUR erwirtschaftet. Auch im Vorjahr konnte ein merkbar hoher Überschuss realisiert werden. Die ordentlichen Auszahlungen konnten somit vollständig durch die ordentlichen Einzahlungen gedeckt werden. Ferner wurde eine Überdeckung von 20,4 % (Vj.: 18,9 %) erreicht. Die Tilgung von Krediten in Höhe von 460.570,06 EUR konnten somit durch die erwirtschaftete Eigenfinanzierungskraft gedeckt werden. Damit ist eine rechnerische Überdeckung in Höhe von 3.851.029,13 EUR (Vj.: 3.510.960,77 EUR) für etwaige Investitionsmaßnahmen verblieben.



Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit zeigen im Vorjahresvergleich eine positive Entwicklung, da sie von 24.994.735,23 EUR auf 25.443.061,53 EUR zugenommen haben. Dies entspricht einem Wachstum von 2.322.161,68 EUR. Auch im Vorjahr wurde ein Zuwachs festgestellt. Die erfreuliche Entwicklung ist insbesondere auf Steuereinzahlungen und Schlüsselzuweisungen zurückzuführen.

Auf der anderen Seite sind Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit von 21.018.201,23 EUR auf 21.131.462,34 EUR angewachsen. Dies entspricht einer Zunahme von 113.261,11 EUR. Die höheren Finanzbelastungen ergaben sich insbesondere durch höhere Personalauszahlungen in Höhe von 233.611,21 EUR, Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 687.112,06 EUR und Steuerauszahlungen in Höhe von 446.379,08 EUR.

Die Investitionstätigkeit wurde mit einem Zahlungsmittelfehlbetrag abgeschlossen. Die Investitionsauszahlungen betragen insgesamt 3.003.724,53 EUR. Ihnen stehen Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und Investitionsbeiträgen und sonstigen Einzahlungen in Höhe von 923.317,52 EUR gegenüber. Daraus ergibt sich ein Zahlungsmittelfehlbetrag in Höhe von 2.080.407,01 EUR, im Vorjahr dagegen wurde noch ein Zahlungsmittelüberschuss in Höhe von 2.693.774,13 EUR realisiert.

Die Finanzierungstätigkeit wurde erwartungsgemäß mit einer Unterdeckung von 460.570,06 EUR abgeschlossen. Neue Kredite wurden von der Gemeinde in der Berichtsperiode nicht aufgenommen. Die Tilgungen konnten durch die generierten Finanzmittelüberschüsse (Innenfinanzierungskraft) im Rahmen der Verwaltungstätigkeit vollständig bedient werden.

Im Rahmen der haushaltsunwirksamen Vorgänge wurde ein geringer Überschuss in Höhe von 25.275,90 EUR erwirtschaftet. Die Veränderung der Forderungen und Verbindlichkeiten aus durchlaufenden Posten weisen eine zutreffende Entwicklung auf.

Die flüssigen Mittel sind in der Berichtsperiode somit um 1.795.898,02 EUR angestiegen. Die Zunahme resultiert aus der Verwaltungstätigkeit zu 240,1 %, aus der Investitionstätigkeit zu -115,8 %, aus der Finanzierungstätigkeit zu -25,7 % und aus haushaltsunwirksamen Vorgängen zu 1,4 %.

Die Finanzlage der Gemeinde unterliegt nach derzeitigem Stand keinen wesentlichen Risiken. Unter sonst ähnlichen Bedingungen ist sie in der Lage die laufenden Auszahlungen durch die erwirtschaftete Innenfinanzierungskraft zu finanzieren und darüber hinaus auch laufende Tilgungen vollständig zu decken. Das Tilgungsniveau wird in den folgenden fünf Jahren im Schnitt 395.000,00 EUR betragen. In der Berichtsperiode wurde der Zahlungsmittelüberschuss aus Verwaltungstätigkeit durch die Tilgungen um 10,7 % belastet, im Vorjahr betrug die Belastung noch 11,7 %.



2. Geschäftsverlauf der Gemeinde im Plan-Ist Vergleich

2.1 Erläuterung der wesentlichen Ertragseinnahmen

Erträge	Ansatz 2017 in EUR	Ergebnis HHJ 2017 in EUR	Abweichung in EUR
Privatrechtliche Leistungsentgelte	328.690,00	276.375,46	-52.314,54
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.028.500,00	2.797.730,44	-230.769,56
Kostenersatzleistungen und -erstattungen	294.190,00	178.821,30	-115.368,70
Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00
Steuern und steuerähnliche Erträge	14.502.284,00	16.176.396,04	1.674.112,04
Transferleistungen	639.170,00	651.116,09	11.946,09
Zuweisungen und Zuschüssen	4.375.741,00	4.292.613,81	-83.127,19
Auflösung von Sonderposten	806.085,00	1.222.368,84	416.283,84
Sonstige ordentliche Erträge	913.958,00	838.569,20	-75.388,80
Finanzerträge	205.015,00	192.087,28	-12.927,72
Summe der ordentlichen Erträge einschl. Finanzerträge	25.093.633,00	26.626.078,46	1.532.445,46
Außerordentliche Erträge	0,00	35.247,68	35.247,68
Gesamtleistung	25.093.633,00	26.661.326,14	1.567.693,14

Wie aus der vorstehenden Übersicht zu entnehmen ist, konnten die ordentlichen Erträge im Plan-Ist-Vergleich um 1.532.445,46 EUR übertroffen werden, was einer Zunahme von 6,1 % entspricht.

Nachfolgend sind die wesentlichen Plan-Ist-Abweichungen näher erläutert.

Die erfreuliche Ertragsentwicklung konnte hauptsächlich durch Steuereinnahmen realisiert werden. Bei der Gewerbesteuer wurden rund 5.000.000,00 EUR geplant, im Ergebnis wurden 6.072.438,68 EUR realisiert, wodurch eine Zunahme von 1.072.438,68 EUR resultierte. Beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer konnten insgesamt 7.967.409,43 EUR erwirtschaftet werden, geplant waren 7.447.963,00 EUR, dies ergibt eine Zunahme von 519.446,43 EUR.

Bei der Auflösung von Sonderposten ergaben sich Mehrerträge aufgrund der Auflösung von Sonderposten für den Gebührenaussgleich in Höhe von 300.047,13 EUR, welche im Plan nicht veranschlagt waren. Bei der Auflösung von Sonderposten vom öffentlichen Bereich wurden 75.820,00 EUR angesetzt, das realisierte Ergebnis beträgt 361.296,34 EUR, die Mehreinnahmen betragen damit 285.476,34 EUR.

Die Unterschreitung bei privatrechtlichen Erträgen betrifft hauptsächlich Mieteinnahmen. Dem Planansatz von 172.600,00 EUR steht ein realisiertes Ertragsvolumen von 108.465,86 gegenüber, wodurch sich die



Unterschreitung von 64.134,14 EUR erklärt. Für Einnahmen aus Holzverkauf wurden 118.715,00 EUR geplant, im Ergebnis wurden sie um 23.405,66 EUR überschritten, das realisierte Ergebnis beträgt 142.120,66 EUR.

Öffentlich rechtliche Entgelte wurden im Plan-Ist-Vergleich merkbar unterschritten. Die wesentliche Unterschreitung ergab sich bei Erträgen aus Verwarngeldern. Dem geplanten Wert von 200.000,00 EUR steht ein Ergebnis von 58.347,78 EUR gegenüber, wodurch sich die Unterschreitung von 141.652,22 EUR erklärt. Weitere Unterschreitungen ergaben sich bei Grabnutzungsgebühren. Dem Planwert von 100.000,00 EUR steht ein Ergebnis von 63.192,92 EUR gegenüber, mithin beträgt die Differenz hier 36.807,08 EUR. Für Schmutzwassergebühren wurden 1.500.000,00 EUR angesetzt, das realisierte Ergebnis beträgt 1.475.074,59 EUR, dies ergibt eine Unterschreitung von 24.925,41 EUR.

Bei Kostenerstattungen wurde im Plan-Ist-Vergleich beruht der Großteil der Unterschreitung auf Personalkostenerstattungen, dabei wurden 230.440,00 EUR geplant, im Ergebnis stehen 119.487,54 EUR, daraus ergibt sich eine Unterschreitung von 110.952,46 EUR.

Die Überschreitung bei Transferleistungen betreffen hauptsächlich Verwaltungskostenentschädigungen. Dem Planwert von 71.000,00 EUR stehen im Ergebnis 80.259,59 EUR gegenüber.

Zuweisungen vom Land wurden in Höhe von 546.000,00 EUR geplant, das realisierte Ergebnis beträgt 466.090,60 EUR, damit ergibt sich die Unterschreitung von 79.909,40 EUR.

Sonstige ordentliche Erträge werden vorwiegend von Konzessionsabgaben geprägt. Deren Ertragshöhe wurde mit 355.000,00 EUR veranschlagt, im Ergebnis resultierten 358.031,41 EUR. Für Kostenerstattungen (Hausanschlusskosten und dergleichen) wurden 261.338,00 EUR geplant, im Ergebnis resultierten 212.977,36 EUR, daraus ergibt sich die Unterschreitung von 48.360,64 EUR. Weitere Unterschreitungen ergaben sich bei Nebenerlösen in Höhe von 17.541,28 EUR (Plan: 50.000,00 EUR) und bei der Erstattung von Verpflegungskosten in Höhe von 20.029,00 EUR (Plan: 91.000,00 EUR).

Abweichungen bei Finanzerträge im Plan-Ist-Vergleich ergeben sich hauptsächlich bei der Verzinsung von Steuernachforderungen, Säumniszuschlägen und Mahngebühren, da sie naturgemäß ständigen Schwankungen unterliegen.



2.2 Erläuterung der wesentlichen Aufwendungen

Aufwendungen	Ansatz 2017 in EUR	Ergebnis HHJ 2017 in EUR	Abweichung in EUR
Personalaufwendungen	6.126.526,00	5.895.974,73	-230.551,27
Versorgungsaufwendungen	266.215,00	301.177,01	34.962,01
Sach- und Dienstleistungen	4.489.881,02	3.403.710,26	-1.086.170,76
Abschreibungen	2.463.474,00	3.115.711,49	652.237,49
Zuweisungen und Zuschüsse	1.673.940,00	1.546.926,86	-127.013,14
Steueraufwendungen	10.104.881,00	10.483.988,24	379.107,24
Transferaufwendungen	80.000,00	13.259,42	-66.740,58
Sonstige ordentliche Aufwendungen	11.226,00	10.662,17	-563,83
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	262.050,00	278.787,90	16.737,90
Summe der ordentlichen Aufwendungen einschl. Finanzaufwendungen	25.478.193,02	25.050.198,08	-427.994,94
Außerordentliche Aufwendungen	0,00	7.652,55	-7.652,55
Gesamtaufwand	25.478.193,02	25.057.850,63	-420.342,39

Wie aus der vorstehenden Übersicht zu entnehmen ist, konnte die Aufwendungen im Plan-Ist-Vergleich um 427.994,94 EUR unterschritten werden, was einer Reduzierung von 1,7 % entspricht.

Nachfolgend sind die wesentlichen Plan-Ist-Abweichungen näher erläutert.

Wesentliche Abweichungen bei der Inanspruchnahme von Sach- und Dienstleistungen:

Aufwendungen	Ansatz 2017 in EUR	Ergebnis HHJ 2017 in EUR	Abweichung in EUR
Betrieblicher Verbrauchsmaterial	344.856,00	299.945,21	-44.910,79
Energie und sonstige Rohstoffe	663.530,00	574.009,75	-89.520,25
Materialaufwand für Gebäude und Sonst.	261.240,88	229.013,16	-32.227,72
Bezogene Leistungen von Dritten	317.254,56	295.629,43	-21.625,13
Instandhaltung von Bauten, Infrastruktur und sonstige Vermögensgegenständen	1.860.429,78	1.114.746,09	-745.683,69
Sonstige bezogene Leistungen (u.a. Ausgleichsmaßnahmen, Fremdreinigung)	526.820,00	459.468,43	-67.351,57
Summen	3.974.131,22	2.972.812,07	-1.001.319,15

Personalausgaben konnten sich im Plan-Ist-Vergleich zu Gunsten der Wirtschaftslage entwickeln. Die Entgelte für Arbeitnehmer einschl. Arbeitgeberanteil wurden in Höhe von 5.366.968,00 EUR veranschlagt, im Ergebnis resultierte ein Aufwand von 5.187.595,31 EUR, daraus resultiert eine Unterschreitung von 179.372,69 EUR.



Beamtenbezüge wurden in Höhe von 242.802,00 EUR geplant, im Ergebnis resultierte ein Aufwand in Höhe von 210.300,90 EUR, daraus ergibt sich ein Rückgang von 32.501,10 EUR.

Bei Versorgungsaufwendungen wurden die Aufwendungen im Plan-Ist-Vergleich überschritten. Die Beamtenversorgung wurde in Höhe von 244.904,00 geplant, tatsächlich ergaben sich Aufwendungen in Höhe von 242.923,01 EUR, daraus ergibt sich eine Unterschreitung von 1.980,99 EUR. Aufgrund der Bildung von Pflichtrückstellungen für Pensionen und Beihilfen steht der Zuführung in Höhe von 102.152,00 EUR ein Verbrauch in Höhe von 43.898,00 EUR gegenüber. Geplant war nur eine Zuführung von 21.311,00 EUR.

Die Überschreitung bei den Abschreibungen betrifft hauptsächlich die planmäßige Wertminderung von Vermögensgegenständen auf Kläranlagen. Der tatsächlichen Abschreibung von 368.706,36 EUR steht keine Veranschlagung gegenüber. Weitere Überschreitung ergab sich bei der Abschreibung auf Bauten und Infrastrukturvermögen. Den tatsächlichen Abschreibungen von 2.219.616,41 EUR steht ein Planansatz von 2.159.460,00 EUR gegenüber, wodurch eine Überschreitung von 60.156,41 EUR resultiert. Ferner wurden Wertberichtigungen in Höhe von 161.877,10 EUR gebucht, dabei waren sie im Plan nicht angesetzt.

Im Bereich der Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse ergaben sich Minderausgaben bei Zuschüssen an Kindergärten. Sie wurden in Höhe von 1.320.000,00 EUR geplant, es resultierte ein Aufwand in Höhe von 1.316.343,56 EUR, dies entspricht einer Unterschreitung von 3.656,44 EUR. Abwasserabgaben wurden in Höhe von 70.000,00 EUR geplant, der tatsächliche Aufwand in Höhe von 52.697,60 EUR wurde den Steueraufwendungen zugeordnet. Ferner ergab sich auch eine Unterschreitung für Zuschüsse an DADINA. Gegenüber der Planung in Höhe von 43.000,00 EUR stehen keine Buchungen gegenüber, wodurch eine Unterschreitung resultiert.

Bei Steueraufwendungen ergaben sich Plan-Ist Überschreitungen hauptsächlich bei der Gewerbesteuerumlage sowie bei Kreis- und Schulumlagen. Die Gewerbesteuerumlage wurde in Höhe von 907.895,00 EUR geplant, tatsächlich resultierte ein Aufwand von 1.095.517,80 EUR, wodurch sich ein Mehraufwand von 187.622,80 EUR ergibt. Kreis- und Schulumlagen wurden in Höhe von 9.084.874,00 EUR geplant, es resultiert ein Aufwand von 9.197.288,00 EUR, mithin ergibt sich eine Überschreitung von 112.414,00 EUR. Ferner wurden in diesem Bereich die Abwasserabgaben in Höhe von 52.697,60 EUR gebucht, der Planansatz erfolgte jedoch im Bereich der Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse.

Im Bereich der Zinsaufwendungen wurde für die Verzinsung von Gewerbesteuernachforderungen ein Planansatz von 10.000,00 EUR festgelegt, dem steht ein Ergebnis in Höhe von 30.189,75 EUR gegenüber, wodurch sich der Großteil der Abweichung erklärt.



3. Verlauf der Investitions- und Finanzierungstätigkeit

3.1 Verlauf der Investitionstätigkeit

Gemäß § 51 Absatz 2 Nr. 4 soll der Rechenschaftsbericht die wesentlichen Abweichungen zwischen geplanten und tatsächlich durchgeführten Investitionen dokumentieren. Investitionen sind Auszahlungen für die Veränderung des Anlagevermögens; Investitionsförderungsmaßnahmen sind Zuweisungen, Zuschüsse und Darlehen für Investitionen Dritter und für Investitionen der Vermögen mit Sonderrechnung. Investive Zahlungsmittelbewegungen (Sonderposten) und Erlöse aus Vermögensveräußerungen sind ebenfalls im Finanzhaushalt darzustellen.

Bezeichnung	Planansatz einschl. ÜPL/APL und Ermächtigung	Ergebnis des Haushaltsjahres 2017	Differenz (= Plan – Ist)
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	2.416.898,00	923.317,52	1.493.580,48
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	10.734.974,51	3.003.724,53	7.731.249,98
Ergebnis aus Investitionstätigkeit	-8.318.076,51	-2.080.407,01	-6.237.669,50

Einzahlungen aus Investitionstätigkeit

Die Differenz bei den Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit resultiert insbesondere aus dem geplanten Investitionszuschuss des Bundes zur Rathaussanierung über 870 TEUR, sowie die geplante Inanspruchnahme eines Darlehens aus dem Hess. Kommunalinvestitionsprogramms (KIP) für diese Maßnahme über 415 TEUR. Das Projekt wird nach 2018 verschoben, die Bauausführung kommt jedoch erst in 2019 zum Tragen.



Auszahlungen aus Investitionstätigkeit

Die Differenz zum Planansatz ergibt sich im Wesentlichen aus nicht getätigten Auszahlungen für Investitionen, welche als Ermächtigungen in das nachfolgende Haushaltsjahr übernommen wurden, da die Maßnahmen erst im Folgejahr zur Ausführung kamen bzw. fertig gestellt werden konnten.

Wesentliche Positionen im Einzelnen:

Bereich	Betrag	Beschreibung
Abwasserbeseitigung	940.000 EUR	verschiedene Kanalsanierungen
Straßen, Wege Plätze	1.700.000 EUR	Grundhafte Sanierung der Kulturflächen 1+2, verschiedene Straßenbaumaßnahmen, sowie der Erschließung des Baugebietes „Hinter dem Schlädchen“
Soziale Stadt	300.000 EUR	Schulhofsanierung Friedensschule

Weiterhin handelt es sich um Maßnahmen welche in 2017 nicht zur Ausführung kamen und dessen Haushaltsansätze untergegangen sind, da im Folgejahr ein neuer Planansatz ermittelt wurde.

Wesentliche Positionen im Einzelnen:

Bereich	Betrag	Beschreibung
Hauptverwaltung	1.500.000 EUR	Sanierung Rathaus
Gemeindeeigene Wohnhäuser	300.000 EUR	Neubau
Abwasserbeseitigung	495.000 EUR	Kanalsanierungen
Öffentliche Verkehrsflächen	457.000 EUR	Straßensanierungen
Friedhof	75.000 EUR	Neubau Urnenstätte

Außerdem wird die geplante Maßnahme „Erweiterung Kita Blumenstr.“ nicht zur Ausführung kommen, da hier ein Neubau „Im Semder Pfad“ geplant wird. Die Mittel über 620.000 EUR werden somit auch zukünftig nicht mehr an dieser Stelle geplant.



3.2 Verlauf der Finanzierungstätigkeit

Kredite dürfen nur für Investitionen und nur im Finanzhaushalt aufgenommen werden (vgl. § 103 Abs. 1 Satz 1 HGO). Kreditaufnahmen sind nur zulässig, wenn keine anderen vorrangig einzusetzenden Mittel zur Verfügung stehen, oder eine andere als die Kreditfinanzierung unwirtschaftlich wäre (vgl. § 93 Abs. 3 HGO).

Bezeichnung	Planansatz einschl. ÜPL/APL und Ermächtigung	Ergebnis des Haushaltsjahres 2016	Differenz (= Plan – Ist)
Einz. aus der Aufnahmen von Krediten	414.949,00	0,00	414.949,00
Ausz. aus Tilgungen von Krediten	466.269,00	460.570,06	5.698,94
Ergebnis aus Investitionstätigkeit	-51.320,00	460.570,06	409.250,06

Der Planansatz über die Tilgungen von Krediten wurde im Plan-Ist-Vergleich nahezu erfüllt.

Die geplante Aufnahme eines Darlehens aus dem Hess. Kommunalinvestitionsprogramms (KIP) für die Rathaussanierung wurde nicht realisiert. Die Planung erfolgt in 2018 neu, die Bauausführung jedoch erst in 2019.

4. Angaben über den Stand der Aufgabenerfüllung

Zu den Selbstverwaltungsaufgaben gehören sowohl freiwillige Aufgaben (z. B. Dorfgemeinschaftshäuser, Sportförderung, Schwimmbäder, Büchereien, Vereinsförderung etc.) als auch Pflichtaufgaben (z. B. Kindertageseinrichtungen, Trinkwasserversorgung, Abwasserentsorgung, Unterhaltung der Straßen, Bestattungswesen).

Die Auftragsaufgaben unterscheiden sich weiterhin in landesrechtliche Auftragsaufgaben (z. B. Landeswahlangelegenheiten, etc.) und Bundesaufgaben (z. B. ziviler Bevölkerungsschutz, Feuerwehr, Meldewesen, Personalausweise, Standesamt etc.).

Die die gemeindlichen Pflichtaufgaben konnten (§ 2 bis 4 HGO) ohne wesentliche Einschränkungen ordnungsgemäß erfüllt werden.



5. Umsetzung von Zielen und Strategien

Neben den definierten bzw. standardisierten Produktzielen der einzelnen Teilhaushalte wurden für das Haushaltsjahr 2017 keine betriebswirtschaftlichen bzw. keine weitere produktorientierte Ziele vorgegeben.

6. Besondere Vorgänge nach Schluss des Jahres

Im Bereich der Gemeinde Groß-Zimmern sind nach Ablauf des Berichtsjahres 2017 über die oben dargestellten Vorgänge hinaus keine Ereignisse eingetreten, die für das Haushaltsjahr von wesentlicher Bedeutung sind und zu einer veränderten Beurteilung der Lage der Körperschaft führen könnten.

7. Einfluss der gesamtwirtschaftlichen Situation auf den Geschäftsverlauf und die Entwicklung der Gemeinde

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2017 gekennzeichnet durch ein kräftiges Wirtschaftswachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) im Jahr 2017 um 2,2 % höher als im Vorjahr. Die deutsche Wirtschaft ist damit das achte Jahr in Folge gewachsen. Im Vergleich zu den Vorjahren konnte das Tempo nochmals erhöht werden. Im Jahr 2016 war das BIP bereits deutlich um 1,9 % und 2015 um 1,7 % gestiegen. Eine längerfristige Betrachtung zeigt, dass das deutsche Wirtschaftswachstum im Jahr 2017 fast einen Prozentpunkt über dem Durchschnittswert der letzten zehn Jahre von + 1,3 % lag. In diesem Zusammenhang verzeichnen auch die öffentlichen Haushalte weiter Rekordüberschüsse. Verschiedene Wirtschaftsinstitute warnen jedoch vor Überhitzung. Die deutsche Wirtschaft steht an der Schwelle zur Hochkonjunktur. Vor diesem Hintergrund nehmen auch die Risiken für die Wirtschaft zu. Kurzfristige Risiken für die folgenden 2 Jahre sind nach derzeitigen Erkenntnissen nicht zu erwarten.

Die Gemeinde Groß-Zimmern profitiert, wie auch andere Kommunen, von der globalen Wirtschaftsentwicklung. Auf der anderen Seite verbergen die Entwicklungen, insbesondere durch die Finanzmärkte, auch potentielle Risiken für die Gemeinde.

Seit 2010 erhöhten sich die Gewerbesteuereinnahmen im Schnitt um 17,2 %, auch wenn die Entwicklung der Steuereinnahmen in den letzten Jahren wechselnde Schwankungen aufweisen. Die Gewerbesteuer in der Berichtsperiode beträgt rund 6,1 Mio. EUR, im Vorjahr betrug der Wert noch 7,1 Mio. EUR. In 2010 lag das Ertragsniveau bei 2,6 Mio. EUR.



Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer konnte stetig seit 2010 im Schnitt um 6,0 % zunehmen. In der Berichtsperiode betragen die Erträge rund 8,0 Mio. EUR, im Jahr zuvor betragen sie noch 7,3 Mio. EUR. Im Jahr 2010 lag das Ertragsniveau bei 5,3 Mio. EUR.

Auch Schlüsselzuweisungen konnten seit 2010 im Schnitt um 5,7 % zunehmen, auch wenn bisher zum Teil wechselhafte Schwankungen zu verzeichnen waren. Schlüsselzuweisungen betragen in der Berichtsperiode rund 3,6 Mio. EUR, im Jahr zuvor lag der Wert bei 4,1 Mio. EUR. In 2011 betrug der Wert rund 2,5 Mio. EUR.

8. Ausblick zu den Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Entwicklung der Ertragslage

Die ordentlichen Erträge des Haushaltsjahres betragen insgesamt 26,4 Mio. EUR (Vj.: 26,9 Mio. EUR). Eine besondere Stellung nehmen insbesondere der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer, die Gewerbesteuer und die Schlüsselzuweisungen ein. Diese Einnahmen ergeben mit rund 17,7 Mio. EUR (Vj.: 18,6 Mio. EUR) insgesamt 66,9 % (Vj.: 68,9 %) des Ertragsvolumens. Die Gemeinde ist auf das Ertragsaufkommen dieser Steuerquellen angewiesen und von deren Entwicklung abhängig. Das Risiko besteht insbesondere darin, dass diese beiden Steuern stark von der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und dem Konjunkturverlauf bestimmt werden. Die Abhängigkeit von zwei großen Ertragsquellen und die Ungewissheit über deren Entwicklung stellen erheblichen Risiken für die Gemeinde dar. Die Einflussmöglichkeiten der Gemeinde auf die Entwicklung der Steuererträge sind stark begrenzt (z. B. Ansiedlung von Gewerbebetrieben). Zudem können steuerpolitische Maßnahmen kontraproduktive Effekte auslösen.

Bei den genannten Erträgen wird im Folgejahr ein Volumen von etwa 17,5 Mio. EUR erwartet, dies entspricht einem Rückgang von rund 200 TEUR.

Gesamtwirtschaftliche Risiken, welche sich absehbar und nachhaltig auf die Gemeinde auswirken können sind derzeit nicht erkennbar.



Entwicklung der Aufwendungen

Die ordentlichen Aufwendungen betragen im laufenden Jahr insgesamt 24,8 Mio. EUR (Vj.: 23,8 Mio. EUR). Die ordentlichen Aufwendungen sind insbesondere durch die Personal- und Versorgungsaufwendungen, die Sachleistungen sowie die Abschreibungen und Steuerausgaben geprägt. Diese Ausgaben bilden das Fundament für die kommunalen Aufgabenerfüllung, insbesondere die Bereitstellung der kommunalen Dienstleistungen und Infrastruktur. Durch die kommunale Versorgung bleibt die Lebensqualität der gegenwärtigen und künftigen Generationen erhalten.

Seit 2013 bilden den Großteil der Aufwendungen im Schnitt die Steueraufwendungen (41,4 %), die Personal- und Versorgungsaufwendungen (25,0 %), Sach- und Dienstleistungen (14,9 %), Abschreibungen (12,0 %) und Zuweisungen (5,4 %).

Die Entwicklung der Steueraufwendungen stellt ein gewisses Risiko dar, da deren Entwicklung zeitverzögert von den Steuereinnahmen beeinflusst wird. Eine Analyse der Steuereinnahmen (seit 2013) ergab, dass sie im Schnitt zu 68,2 % durch die Steueraufwendungen belastet wurden. Die Belastungsquote in der Berichtsperiode lag bei 64,8%, im Vorjahr bei 60,5 %. Für das Jahr 2018 sind Steueraufwendungen von rund 11,0 Mio. EUR geplant, damit ergeben sie Mehraufwendungen von 0,5 Mio. EUR.

Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse stellen ebenso Risiken dar. Hierin sind im Wesentlichen Zuweisungen an Kirchenträger für Kindertagesstätten enthalten. Auf deren Entwicklung hat die Gemeinde keinen wesentlichen Einfluss. Die Zuweisungen und Zuschüsse betragen in der Berichtsperiode rund 1,5 Mio. EUR. Deren Anteil an den gesamten ordentlichen Aufwendungen beträgt 5,4 %. Der Trend zeigt ein Wachstum von 16,4 %. Für das Jahr 2018 sind Zuweisungen und Zuschüsse von rund 1,8 Mio. EUR geplant, dies ergibt einen Mehraufwand von rund 0,3 Mio. EUR.

Im Bereich des Aufwandes spielt der Personalaufwand eine entscheidende Rolle. Als größte Aufwandsart beeinflusst er die Entwicklung des Konzerns erheblich. Die Tarifabschlüsse der Zukunft werden die Ergebnishaushalte der Kommunen wesentlich beeinflussen. Personalaufwendungen betragen in der Berichtsperiode rund 5,5 Mio. EUR und Versorgungsaufwendungen 0,3 Mio. EUR. Der Trend für Personalaufwendungen (seit 2013) beträgt 3,3 %, für Versorgungsaufwendungen beträgt der Wert -1,3 %. Für das Folgejahr sind Personalaufwendungen von rund 6,6 Mio. EUR geplant, damit ergeben sie Mehraufwendungen von rund 0,7 Mio. EUR.



Gegenüber den Mehraufwendungen werden auch auf der Ertragsseite sinkende Einnahmen erwartet. Grundsätzlich wird aufgrund des hohen Ertragsniveaus auch im Folgejahr mit einem Jahresüberschuss gerechnet.

Kredit- und Zinsrisiken

Eine bilanzpolitische Vorgabe im Finanzstatusbericht ist die Erreichung eines Kapitalüberschusses aus Verwaltungstätigkeit, um die Tilgungsleistungen des Haushaltsjahres vollständig zu erfüllen. Durch etwaige Überschüsse wird sichergestellt, dass künftige Investitionen durch die Innenfinanzierungskraft gedeckt werden können. Dieses Ziel konnte in den letzten fünf Jahren stets erfüllt werden.

Seit dem Haushaltsjahr 2013 wurden die Investitionen in das Anlagevermögen ohne langfristigen Kreditaufnahmen finanziert. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betragen zum Ende des Jahres rund 6,1 Mio. EUR, im Jahr 2013 betragen sie noch 8,0 Mio. EUR. Grundsätzlich ist eine durchschnittliche Abnahme von 6,4 % zu beobachten. Die resultierenden Tilgungen haben seit 2013 im Schnitt um 1,2 % zugenommen. Die Tilgung in der Berichtsperiode beträgt rund 460 TEUR. Der Mittelwert seit 2013 beläuft sich auf 462 TEUR, dabei wurden im Schnitt 618,4 % durch die generierten Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit finanziert. Das Tilgungsniveau in den folgenden fünf Jahren für die gegenwärtigen Kreditverbindlichkeiten zum 31.12.17 wird sich voraussichtlich auf 395 TEUR pro Jahr belaufen. Bei weiteren Kreditaufnahmen, dürfte das Niveau weiter ansteigen.

Der rechnerische Zins für die Darlehen beträgt in der Berichtsperiode 3,9 %, der Höchstwert lag in 2012 bei 4,0 %. Grundsätzlich ist das Zinsniveau in den letzten Jahren zwischen 3,8 % bis 3,9 % stabil. Das Zinsänderungsrisiko pro Prozentpunkt beträgt für den gegenwärtigen Schuldenstand rund 64 TEUR.

Im Folgejahr sind Darlehen von rund 415 TEUR vorgesehen. Ihnen wird voraussichtlich ein Investitionsvolumen von etwa 9,8 Mio. EUR gegenüberstehen.



Voraussichtliche Entwicklung der Investitions- und Finanzierungstätigkeit

Für das Haushaltsjahr 2018 sind die Wesentlichen Maßnahmen nachfolgend aufgeführt:

Planungsstelle	Produktbezeichnung	Bezeichnung	Ansatz 2018	Bezeichnung Investitionen 2018
01.111.04/3300.842851	Hauptverwaltung	Rathaus/Modernisierung	2.000.000	Hochbaumaßnahmen-Rathaus
01.111.08/0006.843831	Bauhof	Vermög.gegenst.üb. 1.000 €	85.000	70.000 € Radlader (Ersatzbeschaffung) 15.000 € Piaggio (Ersatzbeschaffung)
06.361.08/4598.842851	Kita Semder Pfad	Baumaßnahme Kita Semder Pfad	2.500.000	Neubau
06.361.09/4597.842851	Kita Dresdener Straße	Baumaßnahme Kita Dresdener Str.	100.000	Neubau
06.362.01/4000.842851	Jugendarbeit	Baumaßnahmen	210.000	Jugendzentrum Anbau Sperrvermerk: Voraussetzung Bewilligungsbescheid
08.424.02/5000.842851	Sportplätze	Baumaßnahmen	575.000	Kunstrasenplatz Sperrvermerk: Voraussetzung Bewilligungsbescheid
09.511.02/6708.842851	Soziale Stadt	Betreuungshaus Angelgartenstraße	800.000	Baukosten Sperrvermerk: Voraussetzung Bewilligungsbescheid
10.521.03/7507.842851	Gemeindeeigene Wohnhäuser	Sozialer Wohnungsbau	300.000	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen
10.521.03/8810.842851	Gemeindeeigene Wohnhäuser	Gemeindewohnhaus Frankfurter Str. 26	200.000	Anbau/bzw. Aufstockung (Planungskosten)
11.538.01/2023.842854	Abwasserbeseitigung	Kanalsan. Max-Planck-Str.	480.000	nochmals veranschlagt da Ausführung in 2018
11.538.01/2029.842854	Abwasserbeseitigung	Kanalsan. Geißberg zw. Kirchplatz u. Blumenstraße	260.000	Kanalsanierung Zustand Schadensklasse 2 und 3
11.538.01/2057.843834	Abwasserbeseitigung	Phosphorfällung	250.000	Auflage gem. Einleitenehmigung
12.541.01/6039.842852	öff. Verkehrsflächen	Straßenbau - Heinrich-Brücher- Straße	100.000	Endausbau
12.541.01/6040.842852	öff. Verkehrsflächen	Straßenbau - Brunnersstraße	170.000	Straßenbau - Brunnersstraße
12.541.01/6047.842852	öff. Verkehrsflächen	Straßenbau - Max-Planck-Str.	447.000	nochmals veranschlagt, Ausführung in 2018
12.541.01/6055.842852	öff. Verkehrsflächen	Gehweg Geißberg von Kirchplatz bis Blumenstraße	155.000	Neugestaltung Straßenbau L 3115 (Land)
12.541.01/6056.842852	öff. Verkehrsflächen	Gehweg Burgstraße von Kirchplatz bis Fußballplatz	200.000	Neugestaltung Straßenbau L 3115 (Land)
13.553.03/7505.842853	Friedhof und Bestattungswesen	Baumaßnahmen	85.000	komplett neu veranschlagt da Ausführung 2018 Neubau Urnenstätte

Ausblick und Beurteilung der Finanzlage (Liquidität) der Gemeinde

Gemäß VV Nr. 1 zu § 22 GemHVO-Doppik hat die Gemeinde ihre stetige Zahlungsfähigkeit sicherzustellen. Die Liquidität bezeichnet somit die Fähigkeit der Gemeinde, ihren Zahlungsverpflichtungen termingerecht und vollständig nachzukommen. Die Liquidität wird primär anhand der flüssigen Mittel (Guthaben bei Kreditinstituten, Kassenbestand, Schecks, Sparguthaben, etc.), und im weiteren Sinne anhand des Ertragspotentials und der daraus resultierenden Forderungen und deren zahlungswirksamen Realisierung (Umwandlung in Zahlungsmittel) bewertet.

Die Gemeinde Groß-Zimmern hatte im Haushaltsjahr noch ausreichende liquide Mittel und musste keine Kassenkredite in Anspruch nehmen. Sämtliche Zahlungsverpflichtungen wurden im Haushaltsjahr zeitnah und vollständig erfüllt. Die Leistungsfähigkeit der Gemeinde war stets sichergestellt. Die Gemeinde ist mit einem



soliden Zahlungsmittelbestand ausgestattet. Die Zahlungsfähigkeit und Zahlungswilligkeit der Gemeinde bleibt auch im kommenden Haushaltsjahr grundsätzlich stabil bzw. sichergestellt.

Demographische Struktur der Gemeinde

Stichtag	Anzahl	Veränderung
09.05.2011	13.523	-300 (Stichtag Zensus)
31.12.2012	13.694	-129 (Vorjahresvergleich)
31.12.2013	13.780	+86 (Vorjahresvergleich)
31.12.2014	13.892	+112 (Vorjahresvergleich)
31.12.2015	14.069	+177 (Vorjahresvergleich)
31.12.2016	14.220	+151 (Vorjahresvergleich)
31.12.2017	14.388	+168 (Vorjahresvergleich)

Im Jahr 2017 lag Groß-Zimmern mit einem Bevölkerungszuwachs von 168 Personen im relativen Vergleich mit den Kommunen im Landkreis Darmstadt-Dieburg an Spitzenposition. Durch die Baugebiete „Ziegelei“ und „Schlädchen“ sowie der Seniorenresidenz „Haus Elisabeth“ ist die Gemeinde Groß-Zimmern weiter auf Wachstumskurs.

Organisationsrisiken

Die Gemeinde Groß-Zimmern erreicht eine Minimierung der allgemeinen Organisationsrisiken durch den Einsatz organisatorischer Maßnahmen, insbesondere durch den Fachbereich Finanzen und Controlling, die in ihrer Aufgabenwahrnehmung durch geeignete technische Maßnahmen ergänzt und unterstützt werden können. Die Gemeinde hat bei dem GVV-Kommunalversicherungsverband eine Haftpflicht- sowie eine Eigenschadenversicherung abgeschlossen. Für die Liegenschaften besteht eine verbundene Gebäudeversicherung bei der Sparkassenversicherung gegen Feuer-, Leitungswasser-, Sturm- und Einbruch-/Diebstahlschäden. Ferner besteht eine Rechtsschutzversicherung bei der Züricher Versicherung.

Gemeinde Groß-Zimmern

Jahresabschluss vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017



Gemeinde Groß-Zimmern, den 17.12.2018

Der Gemeindevorstand der Gemeinde Groß-Zimmern

Achim, Grimm
Bürgermeister

